

---

**757/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 07.07.2020**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Dr. Johannes Margreiter, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Vehicle-to-Grid als Lösung für nachhaltige E-Mobilität und Netzstabilität**

Ein Fahrzeug steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag still. Diese Zeit wäre sinnvoll genutzt, wenn man E-Autos bzw. dessen Speicherkapazität als temporäre Stromspeicher nutzen könnte. Die Herausforderung bei der Nutzung erneuerbarer Energien ist die Verfügbarkeit. Wind- und Solarenergie sind abhängig von den Wetterverhältnissen. Netzkosten und Stabilität werden immer mehr zur Herausforderung. Um abenteuerliche Unterschiede in Angebot und Nachfrage bzw. die einhergehenden Preisschwankungen zu glätten, braucht es deshalb viele dezentrale Speicher.

Durch Vehicle-to-Grid kann gespeicherte Energie zu Zeiten erhöhten Energiebedarfs wieder zurück ins Netz gespeist werden. Wenn man dazu ein Geschäftsmodell ermöglicht, das der Elektromobilität zum Durchbruch verhilft, gleichzeitig für Netzstabilität sorgt und dadurch die Integration von erneuerbarer Energie erleichtert, wäre das ein sinnvoller Schritt in Richtung nachhaltiger Klima-, Energie- und Verkehrspolitik.

Damit solche Geschäftsmodelle für Energiespeicherung funktionieren, braucht es eine gänzliche Befreiung von Netzkosten und Steuern/Abgaben für Speichertätigkeiten auf allen Netzebenen (1-7). Wenn nämlich, wie es aktuell der Fall ist, bei einem Speichervorgang zweimal die Netzgebühren und Steuern/Abgaben anfallen, einmal beim ursprünglichen Einspeichern und noch einmal beim erneuten Laden nach der Rückgabe an das Netz, ist der Vorgang der Speicherung monetär nicht sinnvoll – vor allem bei höheren Netzebenen. Solange beim Beziehen des Stroms und beim Einspeisen Netzkosten und Steuern/Gebühren anfallen, ist es nicht lukrativ, bei Stromüberschuss (=niedrige Preise) zu kaufen und bei Stromknappheit (=hohe Preise) einzuspeisen. Die Glättung der Preise zahlt sich derzeit nicht aus. Das ist eine vertane Chance und steht einer innovativen Klimastrategie im Wege.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, dem Nationalrat ein Maßnahmenpaket zuzuleiten, welches die langfristige Etablierung von Vehicle-to-Grid Lösungen in Österreich ermöglicht und nachhaltige E-Mobilität und Netzstabilität etabliert. Dieses Paket soll folgende Punkte umfassen

- Intensivierung und Förderung der entsprechenden Forschungsaktivitäten
- Ausarbeitung einer rechtlichen Grundlage für die Optimierung von Netzgebühren, um Vehicle-to-Grid Lösungen praktikabel und leistbar zu machen
- Zusammenarbeit mit Netzbetreibern, Ländern und Gemeinden, um Bauordnungen und Energieraumplanung anzupassen, um Vehicle-to-Grid Lösungen zu begünstigen, vor allem durch die Forcierung smarterer Ladelösungen und digitaler Schnittstellen."

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuss vorgeschlagen.*